Niederschrift

über die 14. Sitzung des Rates der Stadt Sassenberg (2014-2020) am 29.09.2016 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ratsmitglieder

Arenhövel, Martin	-zu Pkt. 1.3 ztw., ab Pkt. 2-
Berheide, Werner	
Borgmann, Christian	
Freiherr von Ketteler, Friedrich-Carl	
Greibe, Markus	-zu Pkt. 4 und 6 ztw.-
Holz, Frederik	
Ostlinning, Helmut	
Peitz, Helmut	
Pries, Matthias	
Schöne, Dirk	
Sökeland, Dieter	
Völler, Wolf-Rüdiger	
Westhoff, Alfons	
Holz, Peter	-zu Pkt. 8 ztw.-
Linnemann, Franz-Josef	-zu Pkt. 1.2 ztw., ab Pkt. 1.3-
Röhl, Philipp	
Brinkemper, Ralf	
Freiwald, Klaudius	-zu Pkt. 8 ztw.-
Höft, Andreas	-zu Pkt. 4 ztw.-
Seidel, Ulrich	
Schumacher, Albert	
Westbrink, Norbert	
Philipper, Johannes	

es fehlen:

Heseker, Ludwig
Schuckenberg, Karsten
Franke, Michael

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Holtkämper, Guido
Helfers, Helmut
Tewes, Martin
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Rat ist beschlussfähig. Auf seinen Vorschlag beschließt der Rat einstimmig, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern:

6.1 Rücknahme der Befassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2013 sowie der Klagen gegen die Festsetzungsbescheide nach dem GFG 2011 und nach dem GFG 2013

Im Übrigen werden Einwände gegen die Tagesordnung nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Eckpunkte für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017

Auf der Grundlage des Schnellbriefes des Städte- und Gemeindebundes NRW vom 08.07.2016 geht der Bürgermeister auf die Eckpunkte für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 (GFG 2017) ein. Hiernach sollen die Regelungen des GFG 2016 hinsichtlich der aus den Grunddaten zu entwickelnden Parameter beibehalten werden. Im Übrigen sei seitens des Landes Nordrhein-Westfalen vorgesehen, aufgrund der Weiterverwendung der durch Grunddaten zu erzielenden Werte und Regelungen aus dem GFG 2016 im GFG 2017 die gleichen fiktiven Hebesätze zugrunde gelegt werden.

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.2. Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2017

Bürgermeister Uphoff geht anhand des Schreibens des Landrates des Kreises Warendorf vom 12.09.2016 (s. Anlage 1 zu dieser Niederschrift) auf die Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2017 und die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Stadt Sassenberg ein. Die Stellungnahme der Bürgermeisterin und Bürgermeister der Kommunen im Kreis Warendorf zum Entwurf des Kreishaushaltes werde den Ratsmitgliedern, nachdem sie erarbeitet worden sei, noch zugeleitet.

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis

1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bürgermeister Uphoff berichtet, dass folgende Beschlüsse noch nicht durchgeführt worden seien:

Bezeichnung	Hierzu - zuletzt - gefasste/r Beschluss/Beschlüsse im Rat bzw. Ausschuss
	Sitzungsdatum
	Pkt. d. N.
Flächennutzungsplan 34. Änderung -Vorstellung des Immissions-gutachtens, Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung-	Infrastrukturausschuss 03.05.2011 Ö 4
Durchführungsbeschluss für die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	Infrastrukturausschuss 19.02.2013 Ö 2
Renaturierung Bever -Durchführungsbeschluss-	Infrastrukturausschuss 26.03.2014 Ö 9
Bebauungsplan "Südlich der Lohmannstraße" - Ergänzungsbeschluss zum Aufstellungsbeschluss vom 27.06.2013-	Infrastrukturausschuss 15.05.2014 Ö 19
Bebauungsplan "Wasserstraße/Schürenstraße" -Vereinfachte Änderung für Grundstücke an der Schürenstraße-	Rat der Stadt Sassenberg 01.07.2014 Ö 24

Bereitstellung von Unterkünften für die Unterbringung von Flüchtlingen - Errichtung einer Wohncontaineranlage auf dem städt. Grundstück am Steinbrink-	Rat der Stadt Sassenberg 16.12.2014 Ö 5
Entwicklung von Wohnbauland auf der Basis des Regionalplanes Münsterland -Aufplanungskonzept für den Sassenberger Norden	Infrastrukturausschuss 26.03.2015 Ö 6
Ersatzbeschaffung des Feuerwehrfahrzeuges LF 10	Haupt- und Finanzausschuss 05.05.2015 Ö 7.2
Sanierung Mehrzweckgebäude und Terrasse Feldmarksee -Vorstellung der Ausführungsplanung und Kostenberechnung-	Infrastrukturausschuss 03.09.2015 Ö 4
Flächennutzungsplan - 40. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligungen zur Einplanung einer Bolzplatzfläche an der Düsbergstraße-	Infrastrukturausschuss 19.11.2015 Ö 7
Bebauungsplan "Poggenbrook" - 15. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Umwandlung der Bolzplatzfläche zu einem Mischgebiet an der Düsbergstraße-	Infrastrukturausschuss 19.11.2015 Ö 8
Bebauungsplan "Parkfläche an der Düsbergstraße" - 1. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Einplanung einer Bolzplatzfläche an der Düsbergstraße-	Infrastrukturausschuss 19.11.2015 Ö 9
Bebauungsplan "Erholungsgebiet Feldmark" - Detailplan 4 - Campingplatz Austermann - 3. Erweiterung -Aufhebung des Beschlusses vom 03.09.2015, Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung	Infrastrukturausschuss 21.01.2016 Ö 5
Flächennutzungsplan 39. Änderung -Beschluss über die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken-	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 6
Bebauungsplan "Erholungsgebiet Feldmark" - Detailplan 4 - Campingplatz Austermann - 3. Erweiterung -Beschluss über die während der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregung	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 7
Flächennutzungsplan 42. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung für das Grundstück Fächtorfer Str. 19 in Sassenberg-	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 10
Bebauungsplan "Poggenbrook" - 16. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die	Infrastrukturausschuss 14.04.2016

Öffentlichkeitsbeteiligung für das Grundstück Füchtorfer Str. 19 in Sassenberg-	Ö 11
Flächennutzungsplan 43. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung für die Waldfläche südlich des Daimlerringes-	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 12
Bebauungsplan "Poggenbrook" - 15. Änderung -Bericht über den Verfahrensstand zur Umwandlung der Bolzplatzfläche an der Düsbergstraße zu einer Wohnbaufläche-	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 13
Bebauungsplan "Langefort" -Vereinfachte Änderung für das Grundstück Christian-Rath-Str. 4-	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 17
Bebauungsplan "Schürenstraße" - 4. einfache Änderung -Ergänzungsbeschluss zum Beschluss vom 25.02.2016-	Infrastrukturausschuss 14.04.2016 Ö 19
Bebauungsplan "Schürenstraße" - 4. vereinfachte Änderung -Ergänzungsbeschluss zu den Beschlüssen vom 25.02.2016 und 14.04.2016-	Infrastrukturausschuss 16.06.2016 Ö 7
Ersatzbeschaffung des Feuerwehrfahrzeuges LF 20	Haupt- und Finanzausschuss 26.04.2016 Ö 6
Durchführungsbeschluss für die Beschaffung von Feuerwehrgeräten und Dienstkleidung für die Freiwillige Feuerwehr	Haupt- und Finanzausschuss 26.04.2016 Ö 7
Flächennutzungsplan - 44. Änderung -Änderungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Erweiterung der Grünfläche - Anlage für den Traktorsport - in Füchtorf-	Infrastrukturausschuss 16.06.2016 Ö 2
Bebauungsplan "Anlage für den Traktorsport" - 2. Erweiterung -Erweiterungsbeschluss und Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Erweiterung der Grünfläche - Anlage für den Traktorsport - in Füchtorf-	Infrastrukturausschuss 16.06.2016 Ö 3
Beleuchtungskonzept Feldmarksee	Infrastrukturausschuss 16.06.2016 Ö 11
Ausbau des Kinderspielplatzes "Schlatmanns Weg"	Rat der Stadt Sassenberg 29.06.2016 Ö 15
Sanierung und Restaurierung "Altes Zollhaus" - Antrag des Vereins "Stadtprojekt" auf Zahlung eines Zuschusses zu den Kosten der Sanierung und Restaurierung -	Rat der Stadt Sassenberg 29.06.2016 Ö 16

Einwände werden nicht erhoben.

2. **Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse**

2.1. **Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschuss am 06.09.2016**

2.2. **Ortsausschuss Füchtorf am 19.09.2016**

2.3. Infrastrukturausschuss am 20.09.2016

Auf eine Berichterstattung über die Tätigkeit der Ausschüsse wird verzichtet.

3. Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

3.1. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015 (Jahresabschluss 2015)

Anhand der Vorlage vom 15.09.2016 und unter Hinweis auf die folgenden Beratungen zur Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2015 geht die Verwaltung auf überplanmäßige Mittelbereitstellungen ein, die im Zuge der Aufstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2015 zu einigen Haushaltspositionen erkennbar geworden seien. Die einzelnen Positionen und die jeweils vorgeschlagene Deckung werden weiter erläutert. Auf weitere Nachfrage von Rm. Linnemann stellt die Verwaltung fest, dass der festgestellte Mehrbedarf für die Bewirtschaftung der Friedhöfe im Wesentlichen darauf zurückzuführen sei, dass die erhobenen Friedhofsgebühren nicht kostendeckend seien.

Einstimmiger Beschluss:

„Für das Haushaltsjahr 2015 werden folgende überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen genehmigt:

- Produkt 01.08.01 -Finanzmanagement und Geschäftsbuchführung-, Teilergebnisplan Ziffer 13 -Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- sowie Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-, in Höhe von jeweils 300,00 €
- Produkt 03.01.06 -Sekundarschule-, Teilergebnisplan Ziffer 15 - Transferaufwendungen- sowie Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-, in Höhe von jeweils 27.600,00 €
- Produkt 05.01.02 -Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz-, Teilergebnisplan Ziffer 15 -Transferaufwendungen- sowie Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-, in Höhe von jeweils 169.200,00 €
- Produkt 12.01.02 -Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen-, Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-, in Höhe von 27.000,00 €
- Produkt 12.01.02 -Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen-, Teilfinanzplan Ziffer 25 -Auszahlungen für Baumaßnahmen-, in Höhe von 6.100,00 €
- Produkt 12.02.01 -Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-, Teilergebnisplan Ziffer 13 -Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- sowie Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-, in Höhe von jeweils 1.000,00 €
- Produkt 13.02.01 -Friedhöfe-, Teilergebnisplan Ziffer 13 -Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- sowie Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-, in Höhe von jeweils 48.000,00 €.

Deckung: Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen Gewerbesteuer, Produkt 16.01.01 -Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Umlagen-, Teilergebnisplan Ziffer 01 -Steuern und ähnliche Abgaben- bzw. Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-.“

3.2. **Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016**

Entfällt.

4. **Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2015 an den Rat**

Bürgermeister Uphoff leitet dem Rat den Entwurf des Jahresabschlusses 2015 zu und berichtet hierzu auf der Grundlage der als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Vorlage vom 29.09.2016.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Bürgermeister leitet dem Rat den Entwurf des Jahresabschlusses 2015 zur Feststellung zu. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2015 wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung nach § 59 Abs. 3 GO NRW sowie den weiteren gesetzlichen Vorschriften verwiesen.“

5. **Quartalsbericht über die Ausführung des Haushaltes**

Bürgermeister Uphoff weist zunächst darauf hin, dass der Quartalsbericht über die Ausführungen des Haushaltes für das II. Quartal 2016 vom 27.07.2016 den Ratsmitgliedern bereits mit Schreiben vom 02.08.2016 direkt zugeleitet worden sei. Weiter gibt Herr Holtkämper von der Verwaltung anhand dieses Berichtes und insbesondere auf der Grundlage der als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügten Finanzstatusübersicht einen Bericht zur Ausführung des Haushaltes für das II. Quartal 2016.

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6. **Bericht über die Finanzlage**

Nachdem der Bürgermeister auf die bereits mit Schreiben vom 17.08.2016 erfolgte direkte Zuleitung der Vorlage vom 15.08.2016 und des Berichtes über die Finanzlage vom 15.08.2016 hinweist, legt er dem Rat den Bericht über die Finanzlage für das Haushaltsjahr 2016 gemäß der Anlage 4 zu dieser Niederschrift vor. Auf einzelne Aspekte des Berichtes geht der Bürgermeister besonders ein.

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6.1. **Rücknahme der Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2013 sowie der Klagen gegen die Festsetzungsbescheide nach dem GFG 2011 und nach dem GFG 2013**

Anhand der Vorlage vom 27.09.2016 geht die Verwaltung auf die Sammelverfahren zur Erhebung einer Verfassungsbeschwerde gegen die Gemeindefinanzierungsgesetze (GFG) 2011 bis 2013 und die gegen die jeweiligen Festsetzungsbescheide nach dem GFG 2011 bis 2013 erhobenen Klagen ein. Die Kanzlei Wolter Hoppenberg, Münster, der in den Verfahren für die Stadt Sassenberg die Vertretung übertragen wurde, empfehle nunmehr mit E-Mail vom 16.09.2016, die Verfassungsbeschwerde gegen das GFG 2013 zurückzunehmen. Die hierbei seitens der Kanzlei Wolter Hoppenberg angeführten Aspekte werden erläutert.

Weiter geht die Verwaltung auf das verwaltungsgerichtliche Verfahren gegen den Festsetzungsbescheid nach dem GFG 2011 ein. Für den Fall, dass hier der Antrag auf Zulassung der Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen abgelehnt werde, sei zu erwarten, dass die Kanzlei Wolter Hoppenberg die Empfehlung zur Zurücknahme der Klage empfehlen werde. Für das Klageverfahren zum Festsetzungsbescheid nach dem GFG 2013 liege eine Empfehlung zu einer Klagerücknahme nicht bzw. noch nicht vor. Für den Fall entsprechender Empfehlungen durch die Kanzlei Wolter Hoppenberg sollte vorsorglich seitens des Rates ein Beschluss gefasst werden, der auch die Klagerücknahmen in diesen vorgenannten verwaltungsgerichtlichen Verfahren abdecke.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2013 kann zurückgenommen werden. Die verwaltungsgerichtlichen Klagen gegen die jeweiligen Festsetzungsbescheide nach dem GFG 2011 und nach dem GFG 2013 können bei einer entsprechenden Empfehlung durch die Kanzlei Wolter Hoppenberg zurückgenommen werden.“

7. **Annahme des Förderangebots nach dem Landesförderprogramm „VITAL.NRW“ für die Förderperiode 2016 bis 2022 - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -**

Anhand der Vorlage bzw. der Dringlichkeitsentscheidung vom 25.07.2016 ruft der Bürgermeister das Förderprogramm LEADER in Erinnerung. Die Bewerbung der Kommunen Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst und Warendorf sowie des Kreises Warendorf als Region „8 Plus – LEADER im Kreis Warendorf“ für die laufende Förderperiode 2014 bis 2020 sei bekanntlich nicht erfolgreich gewesen. Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen habe nunmehr mit Schreiben vom 22.06.2016 einigen der im Rahmen der LEADER-Bewerbung nicht zum Zuge gekommenen Regionen ein Förderangebot nach dem vorgesehenen neuen Landesprogramm „VITAL NRW“ unterbreitet. Die einzelnen Modalitäten dieses neuen Landesprogramms werden weiter eingehend erläutert. Das Ministerium habe eine verbindliche Rückmeldung zur Annahme des der vorgenannten Region „8 Plus – LEADER im Kreis Warendorf“ unterbreiteten Förderangebotes bis zum 01.08.2016 erwartet. Auf der Grundlage von Abstimmungsgesprächen sei im Ergebnis festzuhalten, dass die dem LEADER-Bewerbungsprozess als „8 Plus – LEADER im Kreis Warendorf“ angehörenden Kommunen ihr Interesse bekundet haben, das Förderangebot „VITAL NRW“ anzunehmen. Insbesondere angesichts der seitens des Ministeriums gesetzten Rückmeldefrist sei hinsichtlich der Annahme des Förderangebotes gem. § 30 Abs. 1 GO NRW eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen worden.

Nachdem der Bürgermeister die entsprechende Dringlichkeitsentscheidung im Wortlaut verliest, genehmigt der Rat gem. § 60 Abs. 1 GO NRW einstimmig folgende Dringlichkeitsentscheidung:

- „1. Die Stadt Sassenberg beschließt, Teil der Gebietskulisse der „VITAL.NRW“-Förderregion „8 Plus im Kreis Warendorf“, bestehend aus den Städten Drensteinfurt, Ennigerloh, Oelde, Sassenberg, Sendenhorst, Warendorf sowie den Gemeinden Beelen und Ostbevern im Rahmen des Förderprogramms „VITAL.NRW“ (2016-

2022) zu werden und entsprechend das diesbezügliche Förderangebot des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß Schreiben vom 22.06.2016 verbindlich anzunehmen.

2. Die Stadt Sassenberg tritt dem nach Anerkennung als „VITAL.NRW“-Förderregion zur Ausführung und Unterstützung der Fördermaßnahmen nach dem Programm „VITAL.NRW“ zu gründenden Verein LAG (Lokale Aktionsgruppe) bei.
3. Die Stadt Sassenberg erklärt sich bereit, die gemeinsam mit den Kommunen der Region „8 Plus im Kreis Warendorf“ sowie mit weiteren Akteuren erarbeitete und weiter zu entwickelnde Lokale Entwicklungsstrategie (LES) mitzutragen sowie die prozessorientierte Umsetzung aktiv zu unterstützen.
4. Die Stadt Sassenberg beschließt, ihre anteiligen zur Umsetzung der Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) erforderlichen öffentlichen Kofinanzierungsmittel für das Betreiben der LAG inklusive des Regionalmanagements im Jahr 2016 bereitzustellen.
5. Die Stadt Sassenberg beschließt darüber hinaus, die erforderlichen anteiligen Mittel (Kosten, Kofinanzierungsmittel etc.) vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse, für die Folgejahre des Förderzeitraums bereitzustellen.
6. Die Stadt Sassenberg ist grundsätzlich bereit, für Projekte in eigener Trägerschaft bzw. mit eigener Beteiligung die erforderliche Kofinanzierung bereitzustellen, sofern die Haushaltslage dieses zulässt. Hierfür sind jeweils gesonderte Beschlüsse projektindividuell notwendig.
7. Die Stadt Sassenberg unterstützt den Wissenstransfer und die Umsetzung von überregionalen Projekten insbesondere mit direkt angrenzenden Partnern und Regionen.“

8. **Wahrnehmung der Option zur vorübergehenden weiteren Anwendung der bis zum 31.12.2015 geltenden Rechtslage betreffend die Besteuerung der Stadt Sassenberg mit Umsatzsteuer**

Anhand der Vorlage vom 14.09.2016 geht die Verwaltung auf das zum 01.01.2016 in Kraft getretene Steueränderungsgesetz 2015 ein. Mit diesem Änderungsgesetz habe es umfangreiche Änderungen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand gegeben, für die jedoch zunächst noch Übergangsregelungen gelten würden. Während sich bislang die umsatzsteuerliche Unternehmereigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts im Wesentlichen auf Tätigkeiten im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art nach dem Körperschaftssteuergesetz beschränkt habe, sei jetzt grundsätzlich eine umsatzsteuerliche Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts all umfänglich gegeben. Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 seien jedoch gleichzeitig Regelungen aufgenommen worden, die für bestimmte Geschäftsvorfälle juristischer Personen des öffentlichen Rechts Ausnahmen von dem Vorliegen einer umsatzsteuerlichen Unternehmereigenschaft vorsehen und damit eine Steuerpflicht entfallen lassen. Demnach würden nunmehr juristische Personen des öffentlichen Rechts nur dann nicht als Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts gelten, sobald sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen und sofern eine Behandlung als Nichtunternehmer nicht zu größeren

Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Damit würden künftig sämtliche auf privatrechtlicher Grundlage ausgeübten Tätigkeiten grundsätzlich umsatzsteuerbar bzw. -pflichtig sein. Inwieweit für Tätigkeiten, die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage erbracht würden, die Umsatzsteuerpflicht nicht greife, sei noch nicht verlässlich festgelegt worden.

Weiter berichtet die Verwaltung, dass für die Geltung der neuen umsatzsteuerlichen Vorschriften für die juristischen Personen des öffentlichen Rechts verschiedene teilweise optionale Übergangsfristen vorgesehen seien. Hierzu wird von der Verwaltung insbesondere die Option erwähnt, dass eine juristische Person des öffentlichen Rechts erklären kann, dass sie § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz in der am 31.12.2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin anwende. Insofern sei eine weitere Umsatzsteuerpflicht wie bisher im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art gegeben. Die Verwaltung schlägt vor, die vorgenannte Übergangsregelung/Option zu wählen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Bürgermeister wird ermächtigt und beauftragt, auf der Grundlage des § 27 Abs. 22 S. 3 Umsatzsteuergesetz dem Finanzamt gegenüber zu erklären, dass die Stadt Sassenberg § 2 Absatz 3 Umsatzsteuergesetz in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführte Leistungen weiterhin anwendet. Sollten zur Erreichung dieser Rechtswirkung weitere Erklärungen oder Tätigkeiten erforderlich sein, wird der Bürgermeister auch hierzu ermächtigt und beauftragt.“

9. **Bebauungsplan "Erholungsgebiet Feldmark" - Detailplan 1 - Campingplatz Schulze Westhoff - 2. Erweiterung**
-Vereinfachte Änderung zur Erweiterung von Baugrenzen und der Zulässigkeit von Einfriedigungen-

Die Verwaltung geht auf die Beratungen in der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 20.09.2016 -Pkt. 11 d. N.- und inhaltlich auf die beantragte Änderung des Bebauungsplanes „Erholungsgebiet Feldmark“ – Detailplan 1 – Campingplatz Schulze Westhoff – 2. Erweiterung – ein. Bürgermeister Uphoff gibt weiter den Beschlussvorschlag des Infrastrukturausschusses bekannt und weist auf die vorgesehene Satzung über die vereinfachte Änderung des genannten Bebauungsplanes hin.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Satzung der Stadt Sassenberg über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes ‚Erholungsgebiet Feldmark‘ – Detailplan 1 – Campingplatz Schulze Westhoff – 2. Erweiterung – gem. § 13 BauGB wird gem. der Anlage 5 zu dieser Niederschrift beschlossen.

Auf die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 13 Abs. 2 BauGB wird verzichtet, da die Grundzüge der Planung durch die Änderung sowie Nachbarbelange nicht betroffen sind.“

10. **Bebauungsplan "Hoher Kamp" – Erweiterung**
-Vereinfachte Änderung für das Grundstück Vinnenberger Straße 40-

Die Verwaltung berichtet über die beantragte Änderung des Bebauungsplanes

„Hoher Kamp“ – Erweiterung – für das Grundstück Vinnenberger Str. 40, 48336 Sassenberg, und die Beratungen in der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 20.09.2016 -Pkt. 12 d. N.-.

Nachdem der Bürgermeister weiter den Beschlussvorschlag des Ausschusses bekanntgibt und auf die Änderungssatzung verweist, beschließt der Rat einstimmig:

„Die Satzung der Stadt Sassenberg über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes ‚Hoher Kamp‘- Erweiterung – gem. § 13 BauGB wird gem. der Anlage 6 zu dieser Niederschrift beschlossen.

Auf die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 13 Abs. 2 BauGB wird verzichtet, da die Grundzüge der Planung an der Vinnenberger Straße nicht berührt sind.“

**11. Bebauungsplan "Wasserstraße"
-Vereinfachte Änderung für das Grundstück Zum Brökeland 5-**

Die Verwaltung geht auf die vorgesehene vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Wasserstraße“ und die Beratungen in der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 20.09.2016 -Pkt. 18 d. N.- ein.

Bürgermeister Uphoff gibt den Beschlussvorschlag des Ausschusses bekannt und verdeutlicht die vorgesehene Satzung über die vereinfachte Änderung des genannten Bebauungsplanes.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Satzung der Stadt Sassenberg über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes ‚Wasserstraße‘ gem. § 13 BauGB wird gem. der Anlage 7 zu dieser Niederschrift beschlossen.

Auf die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 13 Abs. 2 BauGB wird verzichtet, da die Grundzüge der Planung im Kreuzungsbereich Zum Brökeland/Wickenkamp nicht berührt sind.“

**12. Bebauungsplan "Langefort" - 9. Änderung
-Beschluss über die während der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken und Satzungsbeschluss-**

Die Verwaltung berichtet über die Beratungen in der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 20.09.2016 -Pkt. 19 d. N.. Weiter wird auf die während der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangene Anregung des Landrates des Kreises Warendorf eingegangen.

Nach Bekanntgabe des Beschlussvorschlages des Infrastrukturausschusses beschließt der Rat einstimmig:

„Über die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Bedenken wird wie in der Anlage 8 dargestellt beschlossen.

Die 9. Änderung des Bebauungsplanes ‚Langefort‘ wird gem. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW. S. 496/SGV. NRW. 2023) und der §§ 1 und 10 BauGB vom 23.09.2004

(BGBl. I. S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.10.2015 (BGBl. I. S. 1722) als Satzung beschlossen.

Die Begründung hat an der Beschlussfassung teilgehabt.“

13. Widmung von Straßen

Von der Verwaltung wird auf die erforderliche Widmung des Aulkeweges als zukünftige öffentliche Verkehrsanlage zwischen der Hermann-Buschius-Straße und der Karl-Wagenfeld-Straße hingewiesen.

Der Beschlussvorschlag des Infrastrukturausschusses vom 20.09.2016 -Pkt. 22 d. N.- wird bekanntgegeben.

Einstimmiger Beschluss:

„Die im rechtsverbindlichen Bebauungsplan ‚Langefort‘ – 7. Änderung – ausgewiesene öffentliche Verkehrsfläche (Aulkeweg) wird gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV. NRW S. 1028, ber. 1996 S. 81, 141, 216, 355; 2007 S. 327/SGV. NRW 91) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.03.2015 (GV. NRW. S. 312) für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die in der Anlage 9 dargestellte Erschließungsanlage auf dem Grundstück Gemarkung Sassenberg, Flur 11, Flurstück 1375 einschließlich der Rad- und Fußwegeverbindung Gemarkung Sassenberg, Flur 21, Flurstück 389 tlw. erhält die Eigenschaft einer Gemeindestraße.“

14. Beantwortung von Anfragen von Ratsmitgliedern

Anfragen liegen nicht vor.

15. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Herr Droste beantragt, dass über die Beschlüsse des Rates namentlich abgestimmt wird. Hierzu verweist der Bürgermeister insbesondere auf die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und darauf, dass Bürger eine namentliche Abstimmung nicht beantragen können. Im Übrigen seien Anträge schriftlich einzureichen.